



NIEDERSCHRIFT

über die 28. Sitzung des Ortsbeirates Godramstein der

Stadt Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 13.06.2018,

im Ortsvorsteherbüro Godramstein, Sitzungssaal,

Godramsteiner Hauptstraße 96

Beginn: 19:00

Ende: 20:18



Anwesenheitsliste

CDU

Miriam Christmann

Frank Doll

Klaus Nohr

SPD

Bianca Rebholz

Hans-Peter Baur

CDU

Karin Kern

SPD

Peter Kern

Gabriele Schilling

CDU

Markus Stentz

Bündnis 90/Die Grünen

Frank Ohler

Renate Steigner-Brecht

FWG

Marcel Barbey

Hans Volkhardt

Vorsitzender

Michael Schreiner



Schriftführerin

Silvia Hoffmann

Entschuldigt

CDU

Yvette Pagel

Bettina Heck



Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Ortsvorstehers
3. Positionspapier des Ortsbeirates Annweiler-Queichhambach zum geplanten weiteren Ausbau der Bundesstraße 10
4. Zukunft Erfassung Leichtverpackungen in Landau - Einführung einer gelben Tonne
Vorlage: 860/380/2018
5. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht des Ortsvorstehers

Der Vorsitzende informierte über folgende Themen:

Anordnungen von Verkehrsbeschränkungen innerhalb der Ortsgemeinde

Eine Halbseitige Sperrung des Verkehrs erfolgte, in der Straße Wiesengässchen Richtung Reiterwiesen, vom 27.04.2018 bis 30.04.2018. Die Verkehrsbeschränkung erfolgte, wegen einer Erneuerung einer Schachtabdeckplatte.

In dem Zeitraum, vom 27.04.2018 bis 11.05.2018 erfolgte eine Halbseitige Absperrung des Verkehrs und des Fußgängerverkehrs innerhalb der Hauptstraße 90. Die Sperrung erfolgte, wegen eines Wasserrohrbruches.

Eine Halbseitig Sperrung des Verkehrs erfolgte, im Zeitraum vom 27.04.2018 bis 14.05.2018 im Bereich der Bornergasse 65, wegen eines Strom-, Gas und Wasseranschlusses.

Eine Sperrung wegen Herstellung eines Telefonanschlusses, erfolgte im Zeitraum vom 08.05. bis 11.05.2018. Hier kam es im Bereich der Godramsteiner Hauptstr. 120a zu Verkehrsbeschränkungen.

Eine weitere Verkehrsbeschränkung erfolgte, wegen eines Telefonanschlusses im Bereich der Godramsteiner Hauptstr. 120a, im Zeitraum vom 17.05.2018 bis 31.05.2018.

Innerhalb des Ortsteils Nußdorf und der Gemarkung Godramstein, kommt es am 24.06.2018 in der Zeit von 08.45 Uhr bis 11.15 Uhr zu Verkehrsrechtlichen Absperrungen durch einen Laufwettbewerb.

Aktuelle Baumaßnahmen

-Frankweilerstraße: Umbau und Umnutzung eines früheren Friseursalons und Sonnenstudios zu Betriebsräumen für handwerkliche Leistungen.

-Adolf-Kessler-Straße: Errichtung eines Doppelhauses.

-Steingasse: Grundriss- und Fassadenänderungen im Bereich des bestehenden Wohnhauses mit Abbruch eines Gebäudeanbaus.

-Godramsteiner Hauptstraße: Umbau der bestehenden Wohnung mit Errichtung eines neuen Hauseingangs und Einbau eines neuen Fensters, sowie Einbau einer neuen Treppe.

-Steingasse: Abbruch von einem Nebengebäude, Umbau und Sanierung des straßenseitigen Wohngebäudes und eingeschossiger Anbau an das Wohngebäude.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Positionspapier des Ortsbeirates Annweiler-Queichhambach zum geplanten weiteren Ausbau der Bundesstraße 10

Der Vorsitzende, informierte das Gremium über die Ergebnisse der letzten Recherchen der Ortsverwaltung, die in Zusammenarbeit mit dem Hauptamt Herrn Geib stand.

Alle relevanten Informationsmaterialien, wurden nach der letzten Ortsbeiratssitzung, allen Ortsbeiratsmitgliedern per E-Mail zukommen gelassen.

Weiterhin verwies der Vorsitzende, auf die heutige Vertagung, ob sich der Ortsbeirat für eine Beteiligung am Positionspapier des Ortsbeirates Annweiler-Queichhambach zum geplanten weiteren Ausbau der Bundesstraße 10 aussprechen wird. Der Wunsch des Ortsbeirates Annweiler-Queichhambach sei es, die Forderungen gemeinsam mit den Ortsbeirat Godramstein durchsetzen zu können.

Durch das Verkehrsministerium ist auch bekannt, dass der Ausbau der Bundesstraße B10 vollzogen werde und dies beginnend mit dem Nadelöhr der beiden Tunnelanlagen in Annweiler.

Laut Aussage der Landesmobilität Leitung von Herrn Ertel, fließe der Hauptverkehr, vor Annweiler schon ab.

Der Vorsitzende, sehe noch hohen Klärungsbedarf im Bereich der Tunnellösung, in Hinsicht des Ausbaus.

Frau Steigner-Brecht informierte, dass nach langer Besprechung innerhalb der Fraktion Bündnis die Grünen, diese zu dem Entschluss gekommen sind, nicht für die Resolution zu zustimmen.

Sie stimmte dem Vorsitzenden zu, dass zuerst eine Tunnellösung kommen müsse, bevor der Ausbau der Bundesstraße 10 beginnen könne.

Sie habe sich den Bundesverkehrsweg angeschaut und sehe weiteren Bedarf im Bereich des Planungsrechtes bei Godramstein und Rinthal. Nach Ansicht der bislang geschätzten Ausbaukosten in Höhe von 75 bis 100 Millionen Euro, stellte sich für Frau Steigner-Brecht die Frage, wie das Land und die Bevölkerung für den Ausbau aufkommen sollte. Auch ob der Ausbau der Tunnel umgesetzt werde, stehe Ihrer Meinung in den Sternen.

Herr Ohler, stellte für die Befürworter des Ausbaus der B10, Zahlen der aktuellen Verkehrsunfall Statistik dar.

Dieser habe bei Herrn Reichert eine Anfrage gemacht, mit den aktuellen vorliegen Zahlen, aus denen klar hervorgehe würde, dass von Pirmasens nach Landau, bei einer Länge von 50 Kilometer, in den Jahren 2016 und 2017 über 312 Unfälle zu vermelden waren. Hiervon gab es auf dem 13 km langen ausgebauten vier Spurigen Teilabschnitt Pirmasens – Ständerhof, insgesamt 87 Unfälle.

Auf den vier Spurigen ausgebauten Teilabschnitt Landau – A65, kam es zu insgesamt 14 Unfällen.

Auf dem Restabschnitt von 36 Kilometern, kam es zu über 211 Unfälle, was zur Folge 5,9 Unfälle pro Kilometer ergeben. Sowie 101 Unfälle auf einer Strecke von 14 Km, somit 7,2 Unfälle pro Kilometer ergaben.

Auch könne er nicht bestätigen, dass der Verkehr vor Annweiler abfließen würde. Der Verkehr, wäre dadurch nicht gemindert.



Nach einsehen der aktuellen Zählerstände, würde auch deutlich hervorgehen, dass Godramstein und die anderen betroffenen Ortsteile entlang der B10 keinerlei Vorteile, durch den Ausbau erhalten werden.

Die Nachteile seien von mehr Abgasen und Verunreinigungen bis hin zu erhöhten Lautstärken anzusehen. Auch die Biosphären würden somit komplett abgeschnitten. Auch wenn hier gegen Windmühlen gekämpft werden müsse, müsse sich hier der Ortsbeirat klar positionieren.

Herr Baur äußerte hinzu, dass der Ausbau für die Umwelt und die anliegenden Bürger nicht einfach sein wird. Und jedes Argument sollte gezählt werden.

Er spreche sich nach wie vor, gegen den Ausbau aus. Er sei selbst Unternehmer, und wünsche sich auch bei anderen Unternehmen, ein Umdenken bei wirtschaftlichen Aspekten, umso ein Nachdenken gegenüber dem Ausbau avisieren zu können.

Herr Nohr stellte die Frage, über was abgestimmt werden sollte. Der Ausbau der Bundesstraße, stehe zur aktuellen Ortsbeiratssitzung nicht zur Debatte, sondern das Abstimmen über die Resolution des Ortsbeirates Annweiler-Queichhambach.

Der Vorsitzende, griff in die rege Diskussionsrunde ein, sobald es in die Planfeststellungen gehen werde, könne man innerhalb einer Diskussionsgrundlage für die Planfeststellungen gehen und der Ortsbeirat sich klar positionieren. Der Ausbau sei nicht mehr abzuwägen, nur unter welchen Planfeststellungen, sei noch nicht festgelegt.

Herr Baur, stellte eine offene Bürgerbefragung zum Ausbau der Bundesstraße hervor, bei der sich über 980 Bürger, klar gegen einen Ausbau der B10 ausgesprochen hatten.

Der Vorsitzende, bestätigte Herrn Baur's Aussage von der damaligen Bürgerbefragung. Innerhalb des kommenden Bauabschnittes, sei vor allem wichtig, das Beste für die betroffenen Bürger rauszuholen.

Der Vorsitzende stellte klar, dass bei einer Resolution gemeinsam mehr erreicht werden könne.

Und verwies auf die Aussage von Herrn Lutz, Leiter der Landesmobilität, dass es innerhalb des Ausbaus zu keiner Sperrung kommen werde.

Anschließend verließ der Vorsitzende die Forderungen aus dem Positionspapier.

- Ausbau der Tunnelstrecke vor den anderen Teilausbaustrecken.
- Temporäre Sperrung der B10 für den Transitverkehr, während des Ausbaus.
- Einführung einer Mautgebühr.
- Schutzmaßnahmen für Queichhambach während und nach allen vorgesehenen Baumaßnahmen.
- Akzeptable Lösungen, mit dem Blick auf das Thema Lärmschutz.
- Keine zusätzliche Verkehrsbelastung für Queichhambach und die Nachbargemeinden, während des B 10 Ausbaus bevor nicht alle anderen verkehrstechnischen Möglichkeiten ausgereizt seien.
- Zwischenzeitliches Überholverbot für LKW.

Frau Steigner-Brecht entgegnete, dass eine greife in das andere über, die Queichhambacher müssten es als Fakt ansehen, dass der vierspurige Ausbau kommen wird, laut dem Positionspapier, wäre dies in der Form nicht deutlich, deswegen sei Sie auch nicht dafür.



Ihr Vorschlag wäre, zur nächsten Ortsbeiratssitzung den Ausbau der Bundesstraße zu thematisieren. Und sich dann für einen ganztägigen Sperrung für den Transitverkehr auszusprechen.

Laut einer EU-Vorgabe für Lastkraftwagen, besage die EU-Vorgabe den Transitverkehr nur für Transeuropäische Netz und nicht für die Bundesstraße 10.

Der Ortsbeirat, sollte sich noch einmal neu positionieren. Der letzte Beschluss aus dem Jahre 2003, über den vier spurigen Ausbau stand unter anderen Voraussetzungen zu Grunde, wie im aktuellen Jahr 2018.

Der Lastkraftwagen Verkehr, müsste von der Bundesstraße 10 ganz runtergenommen werden. Die von Pirmasens aus kommenden Lastkraftwagen könnten fahren, da dies für einen wirtschaftlichen Aufschwung für Pirmasens Sorge.

Die Lösung laut Frau Steigner-Brecht sei es, die eingesparten 40 Millionen die für den Ausbau geplant waren, in mehr Sicherheitsvorkehrungen anstelle des Ausbaus zu investieren.

Herr Volkhardt, stellte klar, dass an dem vierspurigen Ausbau nichts mehr zu rütteln sei. Der Bau sei beschlossen und wird bald beginnen. Der Stadtrat habe ebenfalls nicht zugestimmt und weitere Resolutionen würde die FWG auch nicht mehr zustimmen. Die FWG sehe solche Resolutionspapiere als einfaches Schriftpapier an, dass irgendwann in einer Schublade verschwindet aber in keiner Weise Auswirkungen hervorrufen würde. Weiterhin äußerte er sich, dass der Verkehr nicht durch die angrenzenden Gemeinden fließen dürfe und sich hier der Ortsbeirat klar Positionieren solle in Hinblick des bevorstehenden Ausbaus.

Herr Nohr stellte deutlich, dass über die angesprochenen Thematiken zum vierspurigen Ausbau der Bundesstraße 10 genügend Diskussionen stattgefunden hätten. Und es hier einzig und allein um die Abstimmung zum Positionspapier des Ortsbeirates Queichhambach ginge.

Die CDU, stimme der Resolution und dem Positionspapier in dieser Form nicht zu, da diese zu viele Änderungen im Inhalt sehen.

Herr Nohr, sprach sich im Namen seiner Fraktion, für ein eigenes Positionspapier aus, mit eigenen Inhalten und Interessen Vertretung, wenn es zu einem Positionspapier kommen sollte.

Der Ortsbeirat stimmte mit 11 Stimmen gegen das Positionspapier. Und einer Stimme für das Positionspapier, sowie zwei Enthaltungen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Zukunft Erfassung Leichtverpackungen in Landau - Einführung einer gelben Tonne

Begründung:

Ab dem 01.01.2019 wird das Verpackungsgesetz die Verpackungsordnung ablösen. Dabei wird den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (öRE) der Gebietskörperschaften formell ein gesteigertes Recht zur Festlegung der Erfassung von Leichtverpackungen (LVP) an die Hand gegeben. Es besteht die Möglichkeit, ein geändertes Erfassungssystem gegenüber den Dualen Systemen durchzusetzen. Beispielsweise kann ein Behältersystem die bisherige Erfassung mittels Gelber Säcke ersetzen. Zudem kann das System auch für sogenannte stoffgleiche Nichtverpackungen geöffnet und somit zur Wertstofftonne weiterentwickelt werden. Die Vorgaben an das Erfassungssystem LVP müssen sich dabei an dem bestehenden System im Bereich Restmüll orientieren.

Das bisherige Erfassungssystem für LVP über die Gelben Säcke ist in einer Systembeschreibung, die zwischen dem EWL und den Dualen Systemen für die Jahre 2017-2019 abgeschlossen wurde, festgeschrieben. Grundsätzlich läuft die Abstimmungsvereinbarung somit am 31.12.2019 aus. Unter Berücksichtigung der Übergangsfristen des § 35 Verpackungsgesetzes läuft die Systembeschreibung spätestens zum 31.12.2020 aus, wenn zuvor keine Abstimmungsvereinbarung nach neuem Recht geschlossen wurde. Somit ist erstmals ab dem 01.01.2020 eine Veränderung der Erfassung möglich.

Es wurde eine Bürgerbeteiligung durchgeführt um ein Meinungsbild zu einer behälterbasierenden Wertstoffsammlung für Leichtverpackungen mit oder ohne stoffgleicher Nichtverpackungen zu erhalten. Dabei kam es aus finanziellen Gründen zu einer deutlichen Absage einer Wertstofftonne, sowohl aus der Umfrage als auch durch den Steuerkreis. Es gibt keine Bereitschaft für eine gemeinsame (EWL und Duale Systeme) Wertstofftonne einen Teil der Gebühren zur Verfügung zu stellen.

Der Steuerkreis gab ein knappes Abschlussvotum für die Beibehaltung des bestehenden Systems: Erfassung mit gelben Säcken. Die Auswertung der Onlineumfrage ergibt, dass es räumliche Unterschiede bei dieser Beurteilung gibt, siehe Anlage 1 Während die Mehrheit der Personen der Kernstadt für die Beibehaltung der gelben Säcke votiert, wünscht sich die Mehrheit der Personen in den Stadtteilen die Einführung eines Behälters.

Das VerpackG sieht die neue Möglichkeit vor, im Stadtgebiet differenzierte Erfassungssysteme anzubieten. Immer möglich ist der Bring Service, der in Landau (Wertstoffhof) auch schon angeboten wird. Neu ist die Möglichkeit, in in sich abgeschlossenen Gebieten ein anderes Erfassungssystem einzurichten. So kann die Innenstadt über Säcke entsorgt werden und in den Stadtteilen eine Tonne bereitgestellt werden. Eine Vermischung ist nicht möglich. Innerhalb der Steuerungsgruppe bestand Einigkeit, nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Es war ein stadtweit einheitliches Erfassungssystem gewünscht.

In Abweichung hiervon schlägt der EWL vor, dem Bürgervotum Rechnung zu tragen und zumindest in den Stadtteilen gelbe Tonnen einzuführen. Darüber hinaus ist auch in städtischen Bereichen mit überwiegender Einfamilienhausbebauung wie dem Schützenhof, dem Burgenviertel und Landau Südwest die Einführung einer gelben Tonne denkbar.



Unverändert empfiehlt der EWL die Beibehaltung

- des 14-täglicher Abholungsrythmus und
- eines gemeinsamen wöchentlichen Bereitstellungstages je Sammelbezirk für die Abfallabholung.

Die Abstimmungsvereinbarung zwischen dem EWL und den dualen Systemen hat eine Gültigkeit von jeweils 3 Jahren. Vor Ablauf der jeweiligen Abstimmungsvereinbarung werden die Ortsbeiräte erneut beteiligt.

Der Vorsitzende informierte noch einmal über die Sitzungsvorlage 860/380/2018 zur Zukunft Erfassung Leichtverpackungen in Landau – Einführung einer gelben Tonne. Und informierte den Ortsbeirat darüber, dass dieser selbst im Verwaltungsrat der EWL sei und sich innerhalb der EWL, die Mehrheit gegen die Einführung der Gelben Tonne ausgesprochen hatte.

Innerhalb der Stadt Landau, werden weiterhin die Gelbe Säcke beibehalten.

Der Vorsitzende stellte auch beide Vor und Nachteile klar heraus, die nach seiner Sichtweise bei Einführung zur Debatte stehen würden.

Dieser sehe aber bei beiden Möglichkeiten für die Ortsgemeinde Godramstein, keine Hindernisse.

Dabei informierte er den Ortsbeirat, über die Befragung der Bürger die innerhalb der Ortsverwaltung ihre gelben Säcke abholten. Hierbei sei durch den mangelnden Zeitraum, die Grundlage auch nach wie vor zwar mangelhaft nachweisbar, jedoch wolle er diese Ergebnisse und Meinungen der bisherigen Bürger hierzu, dem Ortsbeirat nicht vorenthalten.

Innerhalb der zwei Wochen, in der die Bürger befragt wurden, stimmten insgesamt 12 Bürger in der Ortsverwaltung mit 3 Stimmen für die Einführung der gelben Tonne und 9 dagegen.

Diese Begründeten auch immer Ihre Meinung, die der Vorsitzende dem Ortsbeirat verließ.

- Die gelbe Tonne sei nachhaltiger, wie die bisherigen gelben Säcke.
- Die gelben Säcke seien bislang auch sehr instabil und würden bei Unwetter oft herumfliegen und aufreißen.
- Platzmangel für die noch hinzukommenden Tonne.
- Die Gelbe Tonne, könnte ein positives Umdenken der Gesellschaft, in Hinblick auf deren Konsum von Plastik bewirken.
- Für ältere Bürger und Bürgerinnen, sei der Transport zur Sammelstelle mit dem gelben Sack noch besser zu bewältigen, wie mit einer Tonne.
- Die mehr benötigte Stellfläche, stelle einige Bürger vor Herausforderungen. Sowie das geminderte Fassungsvermögen bei einer Tonne.

Der Vorsitzende, wolle noch einmal über die Verhandlungssache der EWL nachhaken, die am gleichen Tag wie die Ortsbeiratssitzung stattfand.

Der Vorsitzende verließ, einen Anwohnerbrief zur Einführung der gelben Tonne. Und verwies auch nochmal auf das Duale System hin, bei der eine Anzahl der herauszugebenden gelben Säcke sowie die mangelnde Qualität der gelben Säcke nicht änderbar seien.



Herr Volkhardt, stellte die bislang geführten Gespräche mit dem Landkreis und Herrn Eck zur Info für den Ortsbeirat noch einmal vor.

Bei der innerhalb der Auftaktveranstaltung der EWL, nur neun Bürger und Bürgerinnen anwesend waren und dies bislang nicht Aussagekräftig genug sei. Herr Volkhardt schilderte die täglichen Anrufe der verärgerten Bürger und Missstände mit den gelben Säcken wieder.

Und stellte auch klar, dass jedem diese Privat Bekannt seien.

Weiterhin verwies dieser, auf die EU-Verordnungen, bei der einige Veränderungen in der Allgemeinen Plastik Konsumtion, anstehen werden.

Herr Volkhardt, sprach noch über die vergangene Stadtratssitzung, in der sich die FWG auch für eine Abschaffung der Glassäcke ausgesprochen habe. Auch um den zusätzlich Plastikverbrauch weiterhin eingrenzen zu können. Auch verwies er nochmals daraufhin, dass die Vermischung von Gelber Tonne und Gelben Säcken nicht möglich sei, in der Schärfe nicht korrekt sei.

Im Landkreis Neuwied, sei es möglich bei Mehrmengen zusätzliche Säcke nachzuholen. Wobei er eine 240 Liter Tonne als auszureichend ansehen, da hier besser verdichtet werden könne, wie bei den bisherigen gelben Säcken.

Die Freiwillige Wählergruppe, sprach sich für die Einführung einer gelben Tonne aus.

Herr Baur erkundigte sich, nach den geplante Abholungszeiten, nicht das nur noch Tonnen zu jeder Woche, im Wechsel aufgestellt werden. Dies würde seiner Meinung, stark auf das örtliche Erscheinungsbild drücken.

Herr Ohler, schloßte sich Herrn Baur's Aussage an. Und äußerte noch hinzu, dass für viele Bürger das Problem komme, wo die weitere Mülltonne unterzubringen sei. Die bisher genutzten gelben Säcke, könnte man ganz leicht im Kellergeschoß lagern. Wenn ein Mischbetrieb verhandelbar sei, bei Personen die einen Mehrbedarf benötigen, sprach dieser sich auch für die Einführung aus. Da diese prinzipiell stabiler seien und wiederverwendbarer, als das bisherige System mit den Säcken.

Der Vorsitzende, verwies nochmals auf die Sitzungsvorlage und äußerte seine Bedenken bei älteren Bürger und Bürgerinnen, bei denen die Gelbe Tonne an einen Sammelplatz gebracht werden müsse. Bei den gelben Säcken, hätten diese noch die Möglichkeit diesen leichter zur Sammelstelle zu bringen.

Herr Ohler, erkundigte sich nach dem Sachverhalt, wenn der Ortsbeirat innerhalb der Sitzung keinen Beschluss fassen würde.

Herr Volkhardt, verwies auch nochmals auf die Sitzungsvorlage hin, dass diese in der Form beibehalten müsse.

Herr Doll, sehe keine Herausforderung bei der Unterbringung der gelben Tonne, ob der Platz im Keller oder im Hof beansprucht werden müsse, sei gleich. Auch sei die Tonne in Ihrer Form, besser für Transport vor Haus oder Sammelstelle zu bringen, da diese gerollt werden könne.

Der Vorsitzende, entgegnete Herrn Doll's Aussage, dass diese zwar besser gerollt werden können wie die gelben Säcke, aber für die älteren Mitmenschen bei absenkbaaren Gehwegsteigen, die Herausforderung größer sei wie bisher.



Er verwies nochmal an alle Ortsbeiratsmitglieder, bei der Entscheidung über das System, alle Bürger zu Berücksichtigen.

Frau Steigner-Brecht, sehe den Vorteil bei der Einführung einer gelben Tonne, dass mehr Disziplin bei der Mülltrennung hervorgerufen werde.
Die EU-Verordnung, weniger Plastikmüll zu konsumieren und zu produzieren werde kommen.

Herr Nohr äußerte hinzu, dass es schwierig sei eine Übereinstimmung zu finden. Das Verbraucherverhalten zu sensibilisieren und in Ihrem Plastikkonsum zu beschränken, sehe er kritischer an, wie bei den vorhanden gelben Säcken. Da bei den Säcken mehr dargestellt werde was jeder einzelne verbraucht habe und wegschmeiße. Bei einer Tonne, fühle man am Ende noch mehr hinein, weil man mehr Platz habe.
Ob das ein Verbraucher beim Einkauf einschränke, bezweifle er.

Frau Steigner-Brecht, erkundigte sich ob die Tonnengröße wählbar wäre.

Der Vorsitzende erläuterte kurz, dass zwei bis drei Säcke für eine Tonne an Füllvolumen gerechnet werden könne und eine Leerung alle 14 Tage geplant sei.

Herr Baur, könne sich nicht vorstellen, dass die gleiche Menge wie von zwei bis drei Säcken in die Tonne passen könne.

Herr Volkhardt, verwies auf die bessere Verdichtungsmöglichkeit bei einer Tonne, wie bei dem bisherigen System.

Frau Kern stellte die Frage, ob man nun für jeden einzelnen Joghurtbecher zur Tonne laufen müsse, was wiederum viele zu zusätzlichen Müllsäcken zwingt und somit die Reduzierung von Plastikmüll in Ihren Augen nicht umsetzbar wäre. Und somit auch nicht umweltfreundlicher wie das bisherige System.

Der Vorsitzende, verwies auf das duale System, bei dem viele Wertstoffe wiederverwendbar durch Wertstoffverbrennung seien, sowie in diesem Falle die gelbe Tonne.

Frau Kern, äußerte hinzu, dass eine zusätzliche Gelbe Tonne, auch wieder Plastikmüll in der Herstellung produziere.

Herr Stentz, äußerte seine Bedenken bei der Unterbringung einer weiteren Mülltonne, gerade bei größeren Mietwohnungsanlagen sehe er hier größeren Stellplatzbedarf wie oft vorhanden sei. Und erkundigte sich nach der Möglichkeit einer zentralen Unterstellung von Sammelbehälter wie bei Glascontainer in der Nachbarschaftsgemeinde in Siebeldingen, nur hier dann für den Plastikmüll.

Der Vorsitzende informierte, dass ein Rollcontainer mit einem Fassungsvermögen von 1.100 Liter Zentral umsetzbar wäre.

Bevor die Abstimmung erfolgte, verwies der Vorsitzende nochmals auf die Berücksichtigung der Allgemeinheit hin.

Herr Doll, sprach sich Grundsätzlich für eine gelbe Tonne aus, mit der Bitte an Herrn Volkhardt, die Kombinierbarkeit der Tonne bei Mehrbedarf mit gelben Säcken zu überprüfen.



Der Vorsitzende, verwies abermals auf die Sitzungsvorlag, die nicht verhandelbar sei. Würde aber nach Beschluss, einen Aktenvermerk hinterlegen mit der Bitte der nochmaligen Überprüfung der zusätzlichen Kombinierbarkeit mit gelben Säcken, bei Gebieten die keine Möglichkeit der zusätzlichen Unterbringung einer weiteren Tonne ermöglichen.

Herr Doll, würde sich schwer mit der Umsetzung der gelben Tonne tun, wenn diese nicht in der gewünschten Form mit Säcken kombinierbar wäre. Bei Kartonage Müll, könne dieser auch neben der Tonne bei Abholung abgestellt werden.

Der Vorsitzende informierte, dass bei der Kartonage ein anderes System verwendet werde und daher die Umsetzung so möglich sei.

Herr Stentz, sprach nochmal die Situation mit den Glasflaschen an, die in der Nachbarschaftsgemeinde in den Glascontainer entsorgt werden könne und bislang wie hier nur mit Plastiktüten verwendet werden könne. Was auch zusätzlichen Plastikmüll mit sich bringe.

Der Vorsitzende, stellte klar, dass ein Glascontainer durch ein anderes Müll System wie in der Nachbarschaftsgemeinde genutzt werde und somit eine Änderung der bisherigen Art von Glasentsorgung abgelehnt wurde.

Herr Nohr wünsche sich, dass der vorhandene Beschlussvorschlag mit einer offiziellen Beantragung, mit dem Wunsch der Änderung innerhalb der Bedingungen beantragt werde.

Der Ortsbeirat stimmte mit 11 Ja und 3 Nein stimmen.

Der Ortsbeirat Godramstein, stimmt der Einführung einer gelben Tonne für die Sammlung von Leichtverpackungen durch die Dualen Systeme für das Sammelgebiet Landau-Godramstein mehrheitlich zu, mit Änderungen.

Der Ortsbeirat wünsche, die nochmalige Überprüfung von wechselnden Möglichkeiten, bei nicht ausreichender Stellfläche, bei der die gelbe Tonne mit gelben Säcken kombiniert werden könne.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verschiedenes

Informationen des Ortsvorstehers:

Veranstaltungshinweise:

- 15. Juni bis 17. Juni 2018 Sommerfest des Förderverein der Freiwilligen Feuerwehr Godramstein, mit gleich zwei Jubiläen, der Förderverein kann sein 25-jähriges Bestehen feiern und das Feuerwehrhaus am Sportplatz, wird 10 Jahre alt. Am Freitag, den 15. Juni wird das Sommerfest durch den Vorsitzenden Hermann Schneider zusammen mit Oberbürgermeister Hirsch und Ortsvorsteher Schreiner eröffnet.
- 01. Juli 2018 Sommerfest Queichtal-Picknik, an der Queich Wiese Godramstein
- 08. Juli 2018 Sommer Café von der Kommune der Zukunft, Foyer bei schlechtem Wetter, ansonsten vor dem Dorfgemeinschaftshaus.
- 10. August – 13. August 2018 Godramsteiner Weinkerwe, Dorfplatz.

Sommeröffnungszeiten des Ortsvorsteherbüros Godramstein:

- 30. Juni – 22. Juli 2018 – keine Ortsvorstehersprechstunden
- 02. Juli – 04. Juli 2018 – bleibt das Ortsvorsteherbüro ganz geschlossen.
- 16. Juli – 27. Juli 2018 - bleibt das Ortsvorsteherbüro ganz geschlossen.

Dorfgemeinschaftshaus-Grundreinigung:

25. Juni - 07. Juli – Dorfgemeinschaftshaus, komplett gesperrt durch eine Grundreinigung. Die Vereine wurden rechtzeitig durch die Ortsverwaltung schriftlich informiert.

Nächste Ortsbeiratssitzung laut Plan:

Voraussichtlich am Mittwoch, den 22. August 2018 um 19 Uhr im OVB.

Der Vorsitzende informierte über den aktuellen Bericht aus der Rheinpfalz zur Thematik der Hundekotaufsteller. Die Stadtgemeinden, hätten die Möglichkeit Hundekotaufsteller anzuschaffen und diese innerhalb der Gemeinde aufstellen zu lassen. Durch Oberbürgermeister Herrn Hirsch wurde dem Vorsitzenden zugeleitet, dass diese aus dem Ortsteilbudget bezahlt werden müssten.

Der Vorsitzende ist selbst Hundebesitzer und sei mit der Thematik und den oft verbundenen Probleme bestens vertraut.

Die Erfahrung habe ihm aufgezeigt, sobald ein Hundekotspende ohne weitere Auffangstation in Form eines anbei stehenden Mülleimers vorhanden sei, dass die Hundebesitzer die Hundekottüten zwar in dieser Form benutzen würden, aber den Hundekot samt der Tüte vor Ort in der Umwelt einfach liegen lassen würden. Was somit, keine erhebliche Verbesserung der Hundekot Beseitigung schaffen würde.



Der Vorsitzende, schloss sich Herrn Kissels Meinung in Hinblick der Kostendeckung für die Hundekotauflöser an, der diese mit den Steuermitteln, aus der Hundesteuer decken wolle und nicht wie geplant aus dem Ortsteilbudget.

Da aktuell differenzierende Meinung der Ortsvorsteher und der Stadt gäbe, habe der Vorsitzende erst zur nächsten Ortsbeiratssitzung diese Thematik als Sitzungsvorlage geplant.

Weiterhin informierte der Ortsvorsteher, über die aktuelle Umsetzung zur Gedenktafel. Bei der es zu einer kleinen Preisdifferenz zum vergangenen Angebot gekommen war, weil die Maße der bisher geplanten Gedenktafel nochmals verbessert werden musste. Auch das nach eingehenden Prüfungen mit den Fachämtern, keine Förderung durch Bund und Land möglich seien, wurde allen Ortsbeiratsmitgliedern schriftlich vor der nächsten Ortsbeiratssitzung mitgeteilt.

Es wird insgesamt zwei Presseaufrufe zur Gedenktafel geben, eine vor und eine nach der Sommerferienzeit. Nach Klärung mit der Stadt, wurde ein separates Spendenkonto eingerichtet. Der verbleibende Betrag, nach Verrechnung der Spenden, wird aus dem Budget 2 entnommen.

Der Vorsitzende informierte das Gremium, über das aktuelle Friedhofsbudget von einer Summe von 16.284,20 Euro, die noch für das verbleibende Jahr zur Verfügung stehen. Die aktuelle hohe Vegetation am Friedhof sei durch die starke Wetterlage zu verschulden. Der Vorsitzende, werde aus diesem aktuellen Anlass, die Gemeindemitarbeiter monatlich zur Friedhofspflege beauftragen.

Frau Schilling äußerte sich, über die sehr stark zugewachsenen Wege innerhalb des Friedhofes.

Der Vorsitzende, informierte das im vergangenen Jahr 2017, die Wegereinhaltung im Friedhofsbudget nicht enthalten waren.

Diese wurden, für insgesamt 5.000 Euro durch eine beauftragte Firma wieder hergestellt.

Auch informierte er, dass die Grabpächter bis zur Mitte des Weges zur Reinigung und Sauberhaltung angewiesen wären. Bei der letzten Splitt Bestellung in Höhe von über 2 Kubikmetern, musste der Vorsitzende bei der Besichtigung des Friedhofes vor Ort feststellen, dass dieser binnen zwei Stunden auf ein paar wenige Gräberflächen verteilt wurde. Er bedauere es sehr, das nicht die ganzen 2 Kubikmeter für die Allgemeinheit zur fairen Verteilung vorgesehen werden.

Herr Baur äußerte hinzu, dass die Dorffahnen sehr unschön aussehen würden.

Der Vorsitzende informierte, dass neue Fahnen hinzukommen und die alten in diesem Zuge ersetzt werden.

Herr Volkhardt, erkundigte sich nach dem aktuellen Stand der Telefonzelle.

Der Vorsitzende, berichtete über die positive Lage zur Telefonzelle. Diese könne nun doch vor Ort stehen bleiben und dort auch ausgeräumt werden. Nach längeren Gesprächen mit dem Telefonzellenanbieter, wäre dies nun doch zugesichert worden. Es hätten sich schon Bürger und Bürgerinnen bereit erklärt, die sich um die Umgestaltung der Telefonzelle zur Bücherstelle kümmern würden.

Der Vorsitzende begrüßte, das Engagement der Bürger hierfür sehr und sehe das Projekt als sehr sinnvoll an.



Herr Nohr, erkundigte sich nach der aktuellen Konsequenz bei der Thematik der Hundekotbeutel.

Der Vorsitzende informierte, dass die Hundekotaufsteller zur nächsten Ortsbeiratssitzung als Sitzungsvorlage in einem Tagesordnungspunkt mit aufgenommen werden. Und diese nur mit einer Entsorgungseinheit angebracht werden sollen.

Herr Nohr, stellte seine KFZ-Steuer der Hundesteuer gegenüber, bei der er ja auch nicht durch seine Autosteuerzahlung die Autowäsche bezahlt bekomme.

Der Vorsitzende, verwies auf die verteilten Hundekotbeutel, die in Stadtgemeinde Landau-Queichheim großräumig in der Natur liegen, da hier keine Entsorgungseinheiten mitangebracht sind.

Herr Nohr, erkundigte sich nach dem aktuellen Anmeldestand, für die Helfer zur diesjährigen Weinkerwe.

Der Vorsitzende, informierte über den aktuellen Anmeldeschluss bis zum 30. Juni 2018.

Und das der aktuelle Anmeldestand zum vergangenen Jahr fast identisch ist.

Herr Ohler, wünsche sich eine zusätzliche Beschilderung bei der Elektroladestation. Da dieser sehr oft von Kraftstoffwagen zugeparkt werden.

Der Vorsitzende, teilte Herrn Ohlers Feststellung zur Elektroladestation. Die Beschilderung soll anhand eines Halteverbot Schildes kommen. In welcher Form, die Benzinfahrzeuge die vorhandenen Elektroparkstationen nicht mehr zustellen, ist bislang noch nicht ersichtlich. Diese soll aber kommen und sei auch Bedingung für die Ladestation gewesen.

Herr Kern, wies auf die vor über 15 Jahren schonmalige Einführung von Hundekotboxen hin.

Der Vorsitzende, bestätigte die Aussage von Herrn Kern. Und verwies auf die sensibilisierten Bürger zur heutigen Zeit und dem guten Beispiel der Gemeinde Klingenstein, bei der die Hundekotbeutelspender mit einer Einheit versehen deutliche Wirkung erziele. Und durchaus sehr gut angenommen werde.



Vorsitzender

Michael Schreiner

Silvia Hoffmann
Schriftführerin